

Kernpunkte 6

Juni 2012 / Kurzdokumentation zur Kernenergiediskussion: Tatsachen und Argumente

Aves fordert Wiederaufnahme der Planung für Ersatzkernkraftwerk

Die Aktion für vernünftige Energiepolitik Schweiz (Aves) hat an ihrer Delegiertenversammlung vom 9. Juni 2012 verlangt, dass die nach dem Reaktorunfall in Fukushima-Daiichi sistierte Planung zum Bau mindestens eines grossen Ersatzkernkraftwerks wieder aufgenommen wird. Die Aves setzt sich für eine vernünftige Strompolitik im Sinne einer sichereren, wirtschaftlichen und umweltverträglichen Stromversorgung ein. Dabei schliesst sie keine Technologie aus. Deshalb lehnt sie den ideologisch motivierten Ausstieg aus der Kernenergie ab und betrachtet die «Energiewende» mit grosser Sorge, denn sie gefährdet die Versorgungssicherheit der Schweiz und verursacht sehr hohe volkswirtschaftliche Kosten. Zudem verlangt die Aves, dass ein allfälliges Verbot der Kernenergie nicht auf dem Gesetzesweg durchgesetzt wird, sondern dem Volk zwingend zur Zustimmung vorzulegen ist.

VSE: beschwerlicher Weg in die Stromzukunft

Der Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) hat in seiner am 12. Juni 2012 vorgestellten Studie «Wege in die neue Stromzukunft» dargelegt, wie sich der vom Bundesrat und Parlament angekündigte Ausstieg aus der Kernenergie auf die Stromversorgung auswirken könnte. Die drei Szenarien zeigen, dass eine Schweizer Stromversorgung ohne Gaskombikraftwerke und ohne Importe von Strom aus nicht erneuerbaren Quellen nur mit sehr grossen Anstrengungen beim Stromsparen und mit drastischen Massnahmen möglich wäre. Der VSE ist zwar der Auffassung, dass alle drei Szenarien von technischer Seite her machbar wären. Die technische Machbarkeit sei allerdings nur ein Aspekt. Der gewählte Weg müsse auch aus wirtschaftlicher und sozialer Sicht gangbar sein.

Der VSE kommt zu folgendem Schluss:

1. Eine Stabilisierung des Stromverbrauchs benötigt grosse Anstrengungen in der Energieeffizienz sowie die Akzeptanz aller Akteure in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.
2. Zusätzliche erneuerbare Energien dürften künftig einen bedeutenden Beitrag an die Stromversorgung leisten – aber erst nach 2035.
3. Importe und Gaskraftwerke sind neben den bestehenden Kernkraftwerken – je nach Szenario in unterschiedlichem Masse – trotzdem notwendig.
4. Zielkonflikte in der Umwelt: Entweder werden Landschafts- und Ortsbild belastet oder es entstehen zusätzliche CO₂-Emissionen.
5. Bis 2050 müssen zwischen 118 und 150 Milliarden Franken in Produktion und Netze investiert werden. Bis 2035 sind es über 70 Milliarden.
6. Die Strompreise steigen substantiell, zwischen 30% und 75%.

Schweiz erfüllt Anforderungen an Sabotageschutz der Kernkraftwerke

Die Europäische Kommission hat den Bericht ihrer Arbeitsgruppe «Nukleare Sicherung» veröffentlicht. Wie das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinstitut (Ensi) feststellt, erfüllt die Schweiz die darin enthaltenen Empfehlungen. Der Schlussbericht vom 24. Mai 2012 umfasst 32 «Good Practices» zu den Themen nationale Rechtsgrundlagen und Regelwerke, nationale Sicherheitsstruktur, Gefährdungsannahmen, nukleare Sicherungskultur sowie Notfallplanung und Notfallvorsorge. In der Schweiz sorgt das Ensi zusammen mit Partnern dafür, dass die Massnahmen zum Schutz der Anlagen gegen terroristische Anschläge mindestens den internationalen Anforderungen entsprechen. Die Schweiz hat laut Ensi bereits am 28. Oktober 2008 die «Änderung des Übereinkommens über den physischen Schutz von Kernmaterial» ratifiziert. Damit bestehen auch die Voraussetzungen,

Redaktion:

M.-F. Aepli, R. Bilang,
M. Brugger, M. Rey,
M. Schorer, D. Stebler

Nuklearforum Schweiz
Postfach 1021
3000 Bern 14
Telefon 031 560 36 50
Telefax 031 560 36 59
info@nuklearforum.ch
www.nuklearforum.ch

Erscheint 12-mal jährlich
ISSN 1421-0347

© 2012 by Nuklearforum Schweiz

das entsprechende Regelwerk und die Empfehlungen der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) in der Schweiz zu implementieren.

Nagra: Anhörung zum Entsorgungsprogramm eröffnet

Das von der Nagra im Oktober 2008 eingereichte Entsorgungsprogramm geht zusammen mit den Ergebnissen der behördlichen Überprüfung in eine dreimonatige öffentliche Anhörung bis zum 28. September 2012. In ihren Stellungnahmen kommen das Bundesamt für Energie (BFE) und das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) zum Schluss, dass die Nagra mit dem Entsorgungsprogramm den gesetzlichen Auftrag erfüllt hat. Das Entsorgungsprogramm, die behördlichen Stellungnahmen und der Ergebnisbericht zur Anhörung werden dem Bundesrat 2013 zur Genehmigung vorgelegt. Dieser erstattet anschliessend dem Parlament Bericht.

Umweltpolitisches Programm Deutschlands in Arbeit

Der neue deutsche Bundesumweltminister Peter Altmaier hat Ende Mai 2012 angekündigt, bis zur Sommerpause ein 10-Punkte-Programm mit Vorhaben vorzulegen, die er bis zur Bundestagswahl 2013 umzusetzen gedenkt. Neben der Energiewende will er den Klimaschutz wieder stärker in den öffentlichen Fokus rücken. «Das Thema Klimaschutz ist für mich ein Herzensanliegen», betonte er. Altmaier stellte zudem klar, dass der «Abschied aus der Kernenergie definitiv und endgültig» sei. Nun gelte es, den Ausbau der erneuerbaren Energien mit dem der Stromnetze abzustimmen. Klar sei auch, dass Deutschland für seine Stromversorgung noch lange auf konventionelle Energiequellen wie Kohle oder Gas angewiesen sein werde.

Japan ab Juli wieder mit Strom aus Kernenergie

Am 16. Juni 2012 hat die Betreiberin des Kernkraftwerks Ohi in der Präfektur Fukui in Zentraljapan damit begonnen, die zwei jüngeren Einheiten Ohi-3 und -4 wieder anzufahren. Der Wiederinbetriebnahme haben alle lokalen Behörden sowie die japanische Regierung zugestimmt. Mit der ersten Stromabgabe wird im Juli gerechnet. Seit dem Reaktorunfall in Fukushima-Daiichi vom 11. März 2011 sind nach und

nach alle Kernkraftwerke Japans vom Netz gegangen und werden zusätzlichen Sicherheitsüberprüfungen unterzogen. Die beiden Einheiten von Ohi haben alle Überprüfungen bestanden und nehmen als erste die Stromproduktion wieder auf.

Japan: drei Energieszenarien zur Diskussion

Als Folge des Reaktorunfalls in Fukushima-Daiichi vom 11. März 2011 überdenkt die japanische Regierung ihre Energiestrategie. Sie will Japans Abhängigkeit von der Kernenergie verringern und strebt einen diversifizierten Energiemix an. In einem am 8. Juni 2012 veröffentlichten Zwischenbericht zeigt der Energie- und Umwelt- rat die Zukunft der Kernenergie in Japan auf. Darauf basierend hat der Beratende Ausschuss für natürliche Ressourcen und Energie drei Zielvorgaben zur Kernenergieabhängigkeit bis 2030 ausgewählt: Im ersten Szenario beträgt der Kernenergieanteil 20 bis 25%, im zweiten rund 15% und im dritten ist der vollständige Ausstieg aus der Kernenergie bis 2030 vorgesehen. Die Regierung beabsichtigt, noch im Juni einen entsprechenden Entwurf vorzulegen und eine nationale Debatte zu lancieren. Danach will sie über die Richtung der neuen Energiestrategie entscheiden.

Fukushima-Daiichi-4 erhält Schutzhülle

Die japanische Tokyo Electric Power Company (Tepco) hat mit dem Bau einer Schutzhülle für die zerstörte vierte Einheit des Kernkraftwerks von Fukushima-Daiichi begonnen. Eine solche Hülle hat die Tepco bei Block 1 bereits vollendet. Die Konstruktion wird bei Block 4 benötigt, damit die ausgedienten Brennelemente aus dem Lagerbecken geborgen werden können, ohne die Umgebung zusätzlich zu belasten. Die Einheit war zum Zeitpunkt des Erdbebens am 11. März vor einem Jahr für Wartungsarbeiten ausser Betrieb. Alle Brennelemente befanden sich zu diesem Zeitpunkt im Lagerbecken, das im Reaktorgebäude untergebracht ist. Am 15. März 2011 kam es bei Block 4 zu einer Explosion, wobei das Dach des Reaktorgebäudes zerstört wurde.

Die «Kernpunkte» können Sie auch als elektronischen Newsletter unter www.nuklearforum.ch bestellen.